



Antifaschistische Bochumer Blätter

Nr. 1 und 2/2017 – Information der VVN - Bund der Antifaschist*innen

Identitäre, Reichsbürger und andere:

Neue Formen des Neofaschismus im Ruhrgebiet

AfD, NPD, sog. Kameradschaften, rechte Hooligans und andere neofaschistische Gruppen standen in den letzten Jahren im Blickfeld, wenn es um reaktionäre Politik oder Neonazismus ging.

Von den Behörden, aber auch der Öffentlichkeit wenig beachtet, haben sich aber neue, oft subtile Formen, in der extremen Rechten entwickelt. Reichsbürger, Identitäre, Nazi-Hipster oder

Gruppen des Ku-Klux-Klan sind dabei vor allem zu nennen, die teilweise auch im Ruhrgebiet Aktivitäten entfalten.

Fortsetzung auf Seite 10

Umgestaltung der Zwangsarbeitergräber



Der Bochumer Kinder- und Jugendring wollte sich nicht mehr damit abfinden, dass sich die Grabstätten der Zwangsarbeiter*innen auf dem Zentralfriedhof Freigrafendamm in keinem guten Zustand befinden.

„Ein würdevolles Gedenken ist so nur schwerlich möglich“, stellte Rolf Geers vom Jugendring fest.

Der Jugendring hatte deshalb die Mitgliedsverbände an zwei Tagen im

Juni eingeladen, mit einer gemeinsamen Aktion zur Umgestaltung und Verbesserung der Gräberfelder beizutragen.

Fortsetzung auf Seite 2

Das war der Gipfel:

Bericht über Demo- tage in Hamburg

Ich war von Donnerstag bis Sonntag in Hamburg, um mir ein eigenes Bild dieser Veranstaltung zu machen. Gehört und gelesen hat man ja nicht allzu viel von den politischen Ergebnissen dieses Treffens, das – anstatt in Hamburg – besser und günstiger in einer Skype-Sitzung per Internet abgehalten worden wäre. Aber was soll man auch erwarten von einem „Spitzentreffen“, bei dem sich der Präsident der USA zeitweise in den Beratungen von seiner Tochter vertreten lässt?

Die Kosten werden auf mindestens 130 Millionen Euro beziffert. Ob das tatsächlich die letzte Aussage ist oder die Kosten im Endeffekt noch höher liegen, ist nicht bekannt. Schätzungen gehen bis zu 400 Millionen Euro (shz).

Donnerstag

Am Donnerstag fahre ich mittags mit der Bahn in die Stadt. ...

Fortsetzung auf Seite 6

Hausbesetzung in der Herner Straße

Vom 19. Mai bis Ende Juni 2017 wurde in der Herner Straße 131 in Bochum friedlich ein leerstehendes Wohnhaus besetzt. Der Kommentar umfasst die Bedeutung der Besetzung für die Neubelebung der Bochumer Wohnungspolitik im anti-rassistischen Kontext.

Am 19. Mai belebte eine Gruppe von etwa 20 Besetzer*innen aus dem linksgerichteten Milieu die Wohnräume eines verfallenden Mietshauses. Obwohl der Mieterverein den Wohnungsmarkt in Bochum als moderat beschreibt, gestaltet sich gerade für Geflüchtete die Wohnungssuche als schwierig: Zu we-

Fortsetzung auf Seite 2

Hausbesetzung

nige Wohnungen, unzureichende Ausstattung, zu teuer.

Die Aktionen der Besetzer*innen fielen in Bochum auf fruchtbaren Boden. So berichteten die überörtlichen Medien überwiegend wohlwollend von der Besetzung und auch die Resonanz der politischen Gruppen, lokalen Initiativen und Nachbar*innen vor Ort zeugte von großer Solidarität. Gerade in Zeiten, in denen die Rhetorik vom rechten Rand allgegenwärtig scheint, lud der besetzte Raum ein, über gesellschaftliche Gegenentwürfe zu Hass und Hetze nachzudenken.



Solidemo für das besetzte Haus

Für neue Ideen braucht es mehr Räumlichkeiten, die als Treffpunkte dienen könnten. Ein Haus kann im Gegensatz zu Straßen und Plätzen als Rückzugsort und Schutzraum dienen. Begegnungsorte wie das Soziale Zentrum oder das Alsenwohnzimmer machen vor, wie's geht: eine Infrastruktur für Ideengeber*innen unabhängig von Pass oder Hautfarbe. Sie sind schon heute Zentren der Soziokultur, die selbstverwaltet die kommunale Infrastruktur entlasten, das Zusammenleben und das Image der Kommune stärken. Abschließend blieben polizeiliche Repressionen glücklicherweise aus. Doch Besetzung ist und bleibt illegal. Das Ziel für die Zukunft: Mehr legale selbst organisierte Räume, die die Handlungsfähigkeit toleranter und friedfertiger Gruppen und deren Zukunftsentwürfe erhöhen könnten. Es wäre wünschenswert, dass die Erfahrungen der Besetzer*innen zu alternativen Räumlichkeiten führen könnten.

Infos unter: <https://twitter.com/SquatBo>
Regina Sidel

Fortsetzung von Seite 1:

Umgestaltung der Zwangsarbeitergräber

Am 10. und 11. Juni hatte der Kinder- und Jugendring zu der Aktion aufgerufen, an der sich viele Jugendliche von Verbänden und Jugendhäusern beteiligten. Entfernt wurde von den 50 Teilnehmer*innen das wuchernde Unkraut, die Gedenksteine wurden von Algen, Unrat und Flechten befreit.

Nicole Ulrich, Projektleiterin des Kinder- und Jugendringes, schilderte uns, wie die Jugendlichen motiviert mit Spaten, Händen und Schubkarre dem Unkraut zu Leibe rückten. Andere nahmen Bürsten zur Hand und reinigten die Gedenksteine und die metallenen Gedenkbücher. Nicole Ulrich war auch von den vielen Fragen, die die Jugendlichen stellten und den sich daraus entwickelnden Diskussionen zu den Themen Zwangsarbeit, Krieg und Naziregime begeistert. Auch Mitglieder der Bochumer VVN - BdA beteiligten sich an der Reinigung von Zwangsarbeitergräbern auf dem Friedhof am Freigrafendamm.

Die Aktion des Kinder- und Jugendringes ist Bestandteil der Umgestal-

tung der bisher ziemlich verwahrlosten Gräberfelder, die von der Stadt demnächst neugestaltet werden. „Das unermessliche Leid der Zwangsarbeiter*innen und die furchtbaren Verbrechen der deutschen Faschisten dürfen nicht in Vergessenheit geraten und müssen für die Zukunft mahnen“, schrieb der Jugendring in seinem Aufruf zu der Aktion.

Leider werden zunehmend „Ehrenamtliche“ von der Stadt für alle möglichen Arbeiten benutzt, weil das eigentliche zuständige Personal entlassen wurde oder gar nicht erst eingestellt wird.

(-sing)



Rundgang zum Antikriegstag: Aufrüstung und Krieg 1933 - 1945:

Der Rüstungsverband Bochumer Verein/Hanomag/Ruhrstahl AG, 11 Stationen an denen das Thema erläutert und dargestellt wird.

Samstag 2. September 2017, 14.00 bis 16.00 Uhr

Treffpunkt: Springerplatz/an der Boule-Bahn.

Mit Günter Gleising, Autor des Buches „Verbrechen der Wirtschaft“ (siehe Seite 9) und Vorsitzender der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bochum.

Mahnwache in Düsseldorf:**Protest gegen Ehrungen der Waffen SS in Riga**

Mitglieder der Bochumer VVN - BdA beteiligten sich am 15. März 2017 an der Mahnwache vor dem Konsulat der Republik Lettland in Düsseldorf. Die VVN - BdA und die Mitgliedsverbände der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) hatten zu Mahnwachen vor der lettischen Botschaft und den Honorarkonsulaten in Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf aufgerufen.



Es wurde ein Ende der Ehrungen und der Treffen der „Veteranen der lettischen Legion der Waffen-SS“ gefordert. Rund 70.000 jüdische Menschen, darunter auch einige aus Bochum, wur-

den in Riga von den Deutschen Faschisten und ihren Helfershelfern der lettischen SS ermordet.

Mehr Infos: daserste.ndr.de/.../SS-Marsch-in-Lettland-Antifaschisten-abgeschoben,riga154.html

Seit 2007 ist die Stadt Bochum Mitgliedsstadt im Deutschen Riga-Komitee, das an die Ermordeten und Verbrechen im „Ghetto Riga“ erinnern will. Ein Protest des Komitees an den Aufmärschen zum sog. Marsch der Legionäre zu Ehren von Letten in der Waffen-SS in Riga ist bisher öffentlich nicht bekannt geworden.

Ein Kinofilm:**Der Völkermord an den Armeniern**

Am 17. August 2017 ist das Historiendrama **THE PROMISE – DIE ERINNERUNG BLEIBT** bundesweit in die deutschen Kinos gekommen, darauf weist der Zentralrat der Armenier in Deutschland hin.

Eine Nation zerfällt – die Liebe bleibt; der Film von Oscar-Preisträger Terry George („Hotel Ruanda“) spielt im Jahre 1914, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Im historischen Drama handelt es sich um eine Dreiecksbeziehung zwischen dem amerikanischen Fotojournalisten Chris, seiner attraktiven Begleitung Ana und dem Armenier Michael, einem Medizinstudenten.

Das zentrale Thema des Films ist der Völkermord an den Armeniern, ein Thema, das immer noch aktuell ist. Am 20. Juli 2017 verabschiedete die große türkische Nationalversammlung ein neues Gesetz, das den Abgeordneten verbietet, die „glorreiche“ Geschichte des Landes zu beleidigen, indem sie

den Begriff „Armenischer Genozid“ benutzen. Das, was wir jetzt erleben, ist an sich nichts Neues.

Die Staatstradition in der Türkei sowie im Osmanischen Reich war und bleibt immer geprägt durch Kulturzerstörung, Diskriminierung und ethnische Säuberung von Minderheiten – egal ob unter einer angeblich laizistischen Regierung oder unter einer angeblich religiösen Regierung.

Es ist wichtig, „sowohl in uns die Erinnerung an diese traurige Geschichte wach zu halten, als auch dieses Thema im deutschen öffentlichen Bewusstsein zu verankern“ schreibt der Zentralrat in einer Pressemitteilung.

Nachtrag:**Internationaler antifaschistischer Kampf in Spanien**

Einen Kranz legte die VVN - BdA am Werner Denkmal nieder, um an die Spanienkämpfer Arthur Grafenhain, Bruno Preus und Paul Pawlowski zu erinnern, die in Spanien gefallen sind.

In einer Zuschrift teilt Silke Brockmann mit, dass sie das Interview mit Emil Sander geführt hat, auf das in einem Quellenverweis Bezug genommen wird. Ein Teil der Interviews ist 1976 in dem Buch von Detlev Peukert „Ruhrarbeiter gegen Faschismus – Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945“ auf den Seiten 131 und 132 veröffentlicht worden.

Die Bochumer VVN - BdA stiftete zudem einen Stolperstein, um an Michael Jendrzewski zu erinnern, der die Kämpfe in Spanien überlebte und in die Tschechoslowakei emigrieren konnte, dort aber ums Leben kam und 1941 für tot erklärt wurde.

Lukács-Denkmal wird zerstört

Der Stadtrat von Budapest hat kürzlich auf Antrag der neofaschistischen Jobbik-Partei beschlossen, das im Szent-István-Park in der ungarischen Hauptstadt stehende Denkmal für den marxistischen Philosophen Georg Lukács zu entfernen.

Die Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“ schrieb dazu: „Man muss kein Marxist sein, um Lukács als bedeutende Persönlichkeit der Geistesgeschichte zu würdigen. Zumal es offensichtlich ist, dass die Demontage des Denkmals dem Marxisten Lukács und dem Juden Lukács gilt.“

(-sing)

Impressum

Herausgeberin: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44795 Bochum. **Druck:** Copypoint Bochum. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000 Exemplare. **Bankverbindung:** Sparkasse Bochum, IBAN: DE21 4305 0001 0046 3097 46, BIC: WELADED1BOC. **Internet:** www.vvn-bda-bochum.de. **eMail:** info@vvn-bda-bochum.de. Mitglied im Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Stadtrundgänge:

Bochum im Faschismus

Die VHS Bochum bietet im Wintersemester 3 Stadtrundgänge an, die von unseren Mitgliedern Michael Niggemann und Wolfgang Dominik geleitet werden.

Am 22.10.17 geht es ab 14.00 Uhr vom Jahrhunderthaus (Alleestr. 80) los zum Rundgang: **„Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft im Faschismus in Bochum“**.

Es geht u. a. um die Fragen, woher die 32.500 Sklavenarbeiter*innen kamen, die allein in Bochum in ca. 150 oft KZ-ähnlichen Lagern vegetierten und starben. Wer genau war eigentlich Zwangsarbeiter*in? Wie wurden sie von der Normalbevölkerung behandelt? Welche „Entschädigungen“ gab es für die wenigen noch Lebenden erst nach 2001? Am 5.11. findet ab Glocke/Rathausplatz um 14.00 Uhr der Stadtrundgang **„Jüdisches Leben in Bochum vor, während und nach dem Faschismus am Beispiel Ottilie Schoenewalds“** statt.

Es geht um die Fragen, wie jüdische Bochumer*innen vor, während und nach dem Faschismus, oft direkt nebenan, lebten, wie sich die Mehrheitsgesellschaft ihnen gegenüber verhielt, was „man“ ab 1933 an Diskriminierung, Ausgrenzung, Entrechtlichung wusste und/oder selbst daran teilnahm. Und wie nahm „man“ Deportation und Vernichtung wahr? Wie erging es den wenigen Überlebenden nach der Befreiung vom Faschismus – auch in Bo-

chum? An welchen Orten der Innenstadt finden sich Erinnerungen wie z.B. Stolpersteine?

Am 12.11. findet der Stadtrundgang **„Bochum im Faschismus“** ab Glocke/Rathausplatz um 14.00 Uhr statt.

Es geht um die Fragen, welche Orte in Bochum heute noch Hinweise auf Bochum als braune Stadt geben. Wie sah damals die Akzeptanz oder auch Widerstand gegen den Faschismus aus? Wie sah der Terror aus? Wer in Bochum freute sich über die neuen Machthaber? Wer hatte zu leiden? Wie fanden Diskriminierungen von „undeutschen“ Menschen statt? Wo gab es Aufmärsche, Bücherverbrennungen u. a.?

Alle Stadtrundgänge dauern etwa 2 ¼ Stunden. Die VHS nimmt einen Kostenbeitrag von 5, erm. 3 Euro. Anmeldungen sind erwünscht unter der Tel.-Nr. 0234/9101555.

Die VVN - BdA bietet neben den beschriebenen Rundgängen auch Führungen für Gruppen, Vereine und Schulen an. Im 1. Halbjahr dieses Jahres gab es Rundgänge für Bochumer Schulen. Insbesondere der für die Erich-Kästner-



JOSEF ANTON GERA
VERSTARB AM 17. DEZEMBER 1997,
NACHDEM ER AUF DEM EHEM. KRUPPGELÄNDE
VON NEONAZIS ANGEGRIFFEN WURDE.
DER HASS GEGEN HOMOSEXUALITÄT WAR DER
GRUND FÜR SEINEN GEWALTSAMEN TOD.

„WIE KANN MAN NUR HASSEN,
DASS MENSCHEN SICH LIEBEN“

Schule fiel ein wenig aus dem normalen Rahmen. Im Rahmen eines antifaschistischen Stadtrundganges führte Michael Niggemann die Jugendlichen, Lehrer*innen und Begleiter*innen nicht nur zu Gedenk- und Erinnerungsorten der unterschiedlichen Gruppen von Verfolgten des Naziregimes, sondern wies mit Unterstützung eines Mitgliedes der Jugendorganisation Antifa Linke auch auf die notwendige Wachsamkeit gegenüber neofaschistischen Untrieben in der heutigen Zeit hin, unter anderem auf Übergriffe der JN und Aktivitäten der Identitären Bewegung in Bochum. Neben Hinweisen u.a. auf einen durch Neonazis getöteten Homosexuellen in Bochum und den „kopflosen Soldaten“ in Langendreer endete der Rundgang am Stadtarchiv mit einer kurzen Erklärung der Geschichte der dort im Foyer liegenden Soldatenstatue, die früher einmal vor dem Stadtpark stand und in einer Nacht- und Nebelaktion von Aktivist*innen gestürzt wurde.

Die VVN - BdA Bochum kommt auf Wunsch auch in Schulklassen, um zu Themenbereichen „Faschismus in Bochum“ oder „Antifaschismus und Neofaschisten heute“ zu diskutieren.

Individuelle Stadtrundgänge oder Besuche in Schulen können direkt bei der VVN - BdA Bochum angefragt werden (siehe Impressum).



Foto: Ricardo

VVN - BdA Bochum stiftet zwei neue Stolpersteine:

Widerstand auf dem Bochumer Verein

Im Stahlwerk II des Bochumer Vereins gab es in den Kriegsjahren 1941–1944 eine intensive Zusammenarbeit von antifaschistischen Belegschaftsangehörigen mit Zwangsarbeitern. Ausgetauscht wurden Informationen, die den Betrieb und die Lage der Zwangsarbeiter*innen betrafen. Vor allem aber wurden politische Fragen und die Entwicklung des Krieges besprochen.

Die Nachrichten von abgehörten ausländischen Sendern, z. B. über das Vorücken der sowjetischen Streitkräfte, waren für die ukrainischen, russischen und französischen Zwangsarbeiter*innen wichtig und stärkte ihren Lebensmut. Nach einer Denunziation Ende 1942 wurden 3 BV-Arbeiter von der Gestapo verhaftet. In deren Schlussbericht „in Sachen Kolodziej und anderer“ forderte die Gestapo „eine exemplarische Bestrafung“, damit „ein abschreckendes Exempel statuiert wird“. In der Verhandlung vor dem Volksgeschichtshof wurden am 17. September 1943 Anton Kolodziej (Wattenscheid) und Josef Langner (Bochum-Riemke) zum Tode verurteilt, Johann Mlodoch erhielt eine 5 jährige Zuchthausstrafe. In der Verhandlung wurde besonders hervorgehoben, dass die „Handlungen“ der Angeklagten „Wehrkraftzersetzung in einem wichtigen Rüstungsbetrieb“ seien.

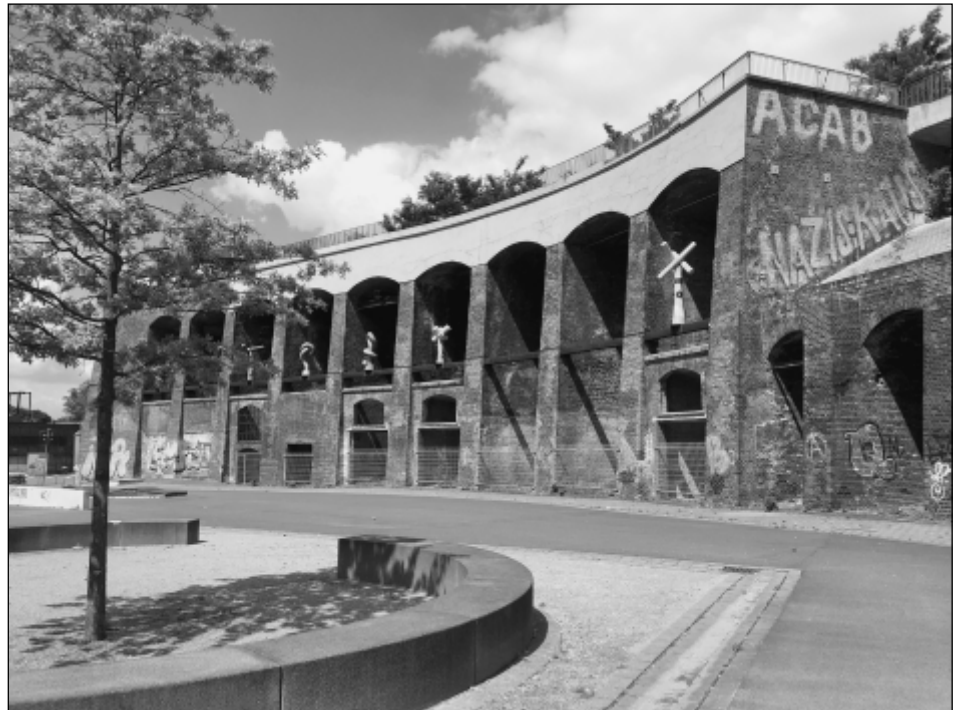
Kolodziej und Langner wurden am 18.10.1943 bzw. 13. Dezember 1943 hingerichtet.

Die Verlegung der Stolpersteine erfolgt am Freitag, 20. Oktober, die Präsentation der Recherche-Ergebnisse am Donnerstag, 16. November 2017 um 17.30 Uhr im Stadtarchiv/ Zentrum für Stadtgeschichte, Witte-ner Straße 47.

Über dem sog. Colosseum befand sich das Stahlwerk II mit seinen Siemens-Martin-Öfen.

Foto rechts: Krupp-Archiv

Foto unten: Elisabeth



Ständige Angriffe:

Gedenkstätte „Saure Wiesen“

Immer wieder mussten wir über Beschädigungen und Besmierungen berichten, denen die verschiedenen Teile der Gedenkstätte ausgesetzt ist. Die Besudelung der vier Stelen mit „Gr-en-zen-zu“ wurden von der Stadt Bochum entfernt.

Seit über 7 Monaten ist eine Anfrage der Sozialen Liste zu diesem Komplex unbeantwortet, deren Text lautet:

„Bochum, 31. Januar 2017

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Eiskirch

Anfrage der Sozialen Liste zur 26.
Ratssitzung am 01.02.2017

Gedenkstätte „Saure Wiesen“

Unter großer Beteiligung der Bevölke-

rung und Teilnahme von Gästen aus Donezk wurde am 8. Mai 2012 die Gedenkstätte „Saure Wiesen“ eröffnet. Erinnert werden soll hier an das Leid von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, das sie in den Lagern „Saure Wiesen“ und „Mariannenplatz“, (beide Bochumer Verein) erleiden mussten. Die Gedenkstätte wurde in letzter Zeit mehrfach geschändet und schwer beschädigt. Die Soziale Liste fragt daher an:

1. Sind der Verwaltung die Beschädigungen und Zerstörungen bekannt? Welches Ausmaß haben diese?
 2. Wurden die Polizei- und Justizbehörden eingeschaltet? Ggf. welche Ergebnisse gab es?
 3. Wie ist der zukünftige Umgang mit bder Gedenkstätte vorgesehen? Gibt es Planungen zur Rekonstruktion oder ist eine Kapitulation vor rechten Straftätern vorgesehen?
- Günter Gleising

Donnerstag

Am Donnerstag fahre ich mittags mit der Bahn in die Stadt. Der Bahnhof ist komplett mit Hamburger Gittern umzäunt, überall große Mengen von Polizei. Viele Polizeifahrzeuge fahren mit Blaulicht und Martinshorn – scheinbar völlig unkoordiniert – kreuz und quer durch die autofreie Stadt. Warum fahren die dann nur mit dem Martinshorn? Ich sehe mehrere zugenagelte Schau-fensterscheiben. Aber ansonsten er-scheint alles ruhig.

Am Himmel schwebt ein Hub-schrauber; im Laufe des Wochenendes werden es insgesamt 5 sein, die perma-nent über die Stadt kreisen und mit ihren Fluggeräuschen die Bürger*innen und Besucher*innen der Stadt terrori-sieren. Angeblich sind es große Ar-meehubschauber, die ausgeliehen wur-den.

Die bereits im Vorfeld des Gipfel von der Polizei gezeigte Missachtung von Recht, Gesetzen und Gerichten (Räumung gerichtlich genehmigter Übernachtungscamps für die Demon-strant*innen) sollte sich auch in den folgenden Tagen fortsetzen.

Der Weg zum Fischmarkt ist frei, und es sind erst wenig Menschen un-terwegs. In den Seitenstraßen sind je-doch vermehrt Polizeifahrzeuge u. a. viele Wasserwerfer und Räumfahrzeu-ge zu sehen.

Auf dem Fischmarkt herrscht eine gute Stimmung, die Menschen sitzen oder liegen in der Sonne, lauschen der Musik und den unterschiedlichen Re-debeiträgen aus aller Welt. Es gibt zu essen und zu trinken zu Solipreisen. Mit der Zeit wird es voller und auch die Präsenz der Polizei verstärkt sich vehement.

Die Breite Straße nördlich vom Markt ist auf mindestens 500 Meter komplett von der Polizei besetzt. Auch auf der Straße St. Pauli Fischmarkt fährt die Polizei auf und kommt die Treppen durch die Siedlung herunter. An den Seiten und auf der Deichmauer postieren sich die Hundertschaften. Ein martialisch aussehender schwarzer Block marschiert an ihnen vorbei, sie bleiben unbehelligt.

Langsam formiert sich die Kundge-bung auf dem Fischmarkt für die ange-meldete Demonstration durch Ham-burg. Begleitet von vielen hundert Po-lizisten und dem Lautsprecherwagen bewegen sie sich in Richtung der Fuß-gängerbrücke an der Hafentreppe. Aus der entgegengesetzten Richtung rollen

ihnen 4 Wasserwerfer und ein Räum-fahrzeug entgegen – begleitet von Un-mengen Polizei, hoch aufgerüstet. Uns, die wir auf der Brücke stehen, wird klar: Diese genehmigte Demonstration wird nicht laufen. Die Polizei unter der Leitung von Hartmut Dudde wird er-neut die Urteile der Gerichte nicht res-pektieren und sich als selbsternannte eigene Macht im Staat selbstherrlich über alles hinwegsetzen und ihr eige-nes Ding durchziehen. Angeblich sind noch immer Demonstrant*innen ver-mummt. Es ist von ca. 80 Personen die Rede – bei ca. 10.000 Teilnehmer*innen; weniger als ein Prozent. Die Situation ist aufgeheizt, die Demon-strant*innen versuchen per Lautspre-cher ihr Demonstrationsrecht einzufor-dern, während die Polizei dazu aufruft, dass sich nicht beteiligte und auch die Presse zurückziehen soll. Irgendwann, als die ersten Menschen versuchen, über die 2,5 Meter hohe Hafenmauer diesem Kessel zu entkommen, eska-liert die Situation. Die Polizei rückt mit Pfefferspray und Wasserwerfern näher und setzt sie ein. Über die Trep-pen auf der anderen Straßenseite ver-suchen andere Teilnehmer*innen vor der Aggressivität der Polizei zu flie-hen. Ich versuche, sie zu beruhigen und fordere sie auf, nicht in Panik zu verfallen, aber sie stürmen nur noch an mir vorbei, in der Hoffnung, dass oben die Straße noch offen ist. Das ist sie – glücklicherweise. Später sehe ich, dass auch der Fischmarkt von der anderen Seite aus mit Wasserwerfern blockiert war, die auch hemmungslos eingesetzt wurden. Die 10.000 Menschen ergos-sen sich in die Stadt und kurz darauf brannten die ersten Autos. Die Grund-lage für ein gewaltvolles Wochenende war durch die Polizei gelegt worden.

Der Verfassungsschutz hatte vorher noch erklärt: Wenn die Polizei am Samstag bei der „Wellcome to hell-Demo“ deeskalierend arbeitet, wird dies ein positives Ergebnis auf das ganze Wochenende haben. Aber die Polizei hat auf der ganzen Linie auf volle Eskalation gesetzt.

Frustriert und geschockt fahre ich in meine Unterkunft zurück.

Freitag

Mein Zug bringt mich planmäßig in die Innenstadt. Es sind heute viele klei-ne und spontane Aktionen angesagt,

Das war der Gipfel: Bericht

außerdem eine größere „Jugend gegen G20 Demo“. Ich laufe ein bisschen durch Stadt. Es gibt viele kleine Aktio-nen, die ich beobachte; immer beglei-tet von viel Polizei. Weiterhin der Lärm durch die Hubschrauber, die ständig in der Luft kreisen und die Martinshörner der Polizei. Warum müssen die eigent-lich an sein, wenn die Straßen eh für den gesamten Autoverkehr gesperrt sind. Es ist für mich schon unerträg-lich, ständig diese Geräusche im Kopf zu haben, wie schlimm ist es erst für die Anwohner*innen?

Es gibt immer wieder Reibereien und Rempelen zwischen Aktivis-t*innen und der Polizei. Ab und zu sehe ich noch brennende Papiercontai-ner. Im Katharienviertel direkt an den Messehallen geht es ruhig zu.

Die so stark belastete Polizei findet hier sogar die Zeit, zwei Mädchen, die „fck cps“ mit Kreide auf die Straße geschrieben haben, zu maßregeln und ihnen mit Festnahme und dem Abholen lassen durch die Eltern zu drohen, falls sie den Schriftzug nicht übermalen. Et-was eingeschüchtert tun sie dies auch.

Gerade morgens, wenn die Staats-gäste in die Messehallen gefahren wer-den, gibt es immer wieder lange Warte-zeitung für die Menschen in der Stadt, da lange Zeit die Straßenzüge für die Durchfahrt gesperrt werden.

In Altona sollen Geschäfte brennen und Plünderungen stattfinden. Ausge-stattet mit Telefonnummern, an die ich mich im Notfall richten kann – per Handy zugeschickt von Bochumer Freund*innen – mache ich mich auf den Weg. Es heißt, hier sollen auch Nazis am Werk gewesen sein. Als ich da bin, ist alles vorbei, nur ist jetzt auch Alto-na in der Hand der Polizei.

Auf dem Rückweg beobachte ich, wie eine junge Frau auf ein Räumfahr-zeug der Polizei klettert. Scheinbar auch in einem alternativen Viertel. Viele Menschen in den Straßen bekommen die Situation mit. Die Polizei fordert die Frau auf, das Fahrzeug zu verlas-sen, was sie nicht tut. Anstatt dass sich einige Polizisten auf den Weg machen, um sie vom Fahrzeug herunterzuholen, erscheint es zweien von ihnen sinnvol-ler, sie sekundenlang mit Pfefferspray zu pfeffern. Geistesgegenwärtig duckt sie sich noch weg, um nicht allzu viel abzubekommen. Sie bleibt aber auf dem Wagen.

über Demotage in Hamburg

Vom Wasserwerfer (es stehen 2 in unmittelbarer Nähe) kommt die Durchsage, dass alle Nichtbeteiligten, auch die Presse, sofort diesen Ort zu verlassen haben. Also erst mal alle Zeugen weg! Aber da denkt keiner dran. Auch nicht nach der 2. und 3. Ansage. Dann folgt der Befehl „Wasser marsch“, und die Wasserwerfer beginnen ihre Aktion. Zumindest hier wird es von einigen mit Humor und sportlich genommen, was sie durch die Rufe: „Mehr Wasser“ zum Ausdruck bringen.

Inzwischen habe ich gelesen, dass gegen die beiden „pfeffernden“ Beamten ermittelt wird. Gut so!

Inzwischen ist die „Jugend gegen G20-Demo“ am Millerntorplatz zur Schlusskundgebung angekommen, und es wird scheinbar spontan eine weitere Demonstration angemeldet. Diese geht nun los in Richtung Landungsbrücken. Ich gehe runter zum Wasser und werde Zeuge, wie Greenpeace mit einem 2-Master mit riesiger Trump-Statue und vielen kleinen Schlauchbooten gegen G20 im Wasser demonstriert, begleitet von der Wasserpolizei. Leider werden alle Boote später beschlagnahmt und die Besatzungen festgenommen.

Zurück auf der Straße hat sich wieder alles verlaufen, aber es muss wohl eine größere Auseinandersetzung gegeben haben, da viele Steine auf der Straße liegen.

Ich will zurück in meine Unterkunft, bin von den beiden Tagen und von dem, was ich an Übergriffen der Polizei gesehen habe, müde.

Es gibt kein Durchkommen zum Hauptbahnhof, weder zu Fuß noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln. G20 entspannt sich heute Abend in der Elb-Philharmonie. Diese ist nun weiträumig abgesperrt. Ich versuche es an vielen Stellen, alles dicht und keiner kann mir sagen, wo und wie ich zum Bahnhof komme. Einmal mehr leidet die Bevölkerung und leiden die Besucher*innen unter den restriktiven Maßnahmen rund um den Gipfel. Ein Großteil der Stadt ist nahezu eingesperrt. Nur mit einem großen Umweg einmal um die ganzen Messehallen herum, käme ich zum Hauptbahnhof. Dazu habe ich keine Lust mehr, ich bin genug gelaufen heute und entscheide mich, etwas zu essen und ein Bier auf der Reeperbahn.

Hier erlebe ich nun noch einen Teil

der „One World – One Vibe“ auf dem Spielbudenplatz, organisiert von Clubbetreibern, dem St.-Pauli-Museum und einem Nachbarschaftsverein. Es gibt Vorträge zu Themen der Weltpolitik und Livemusik. Neben der Davidswache lauert ein Wasserwerfer. Als ich endlich in einer Außengastronomie sitze und etwas esse, kommt noch „Colorfull Mass“ vorbei. Eine Fahrraddemo mit Hunderten von Fahrrädern, die vor allem gegen die zahlreichen Verstöße gegen Grenzwerte für Schadstoffe demonstrieren.

Langsam sickert im Internet und bei Twitter durch, dass es im Schanzenviertel, dem Stadtteil, in dem die Rote Flora, das älteste besetzte linke Zentrum in Deutschland, liegt, zu schweren Ausschreitungen kommt. Viele rechnen damit, dass heute Nacht die Rote Flora erstürmt und geräumt wird.

Einige Linien in Richtung Bahnhof sollen wieder fahren. Ich versuche es und komme tatsächlich in die Nähe des Hauptbahnhofs. Hier heißt es erneut warten. Auf der anderen Straßenseite liegt der Bahnhof, aber wir dürfen dort nicht hin. Die Musik in der Elb-Philharmonie ist zuende, und die Gäste müssen nach Hause. Natürlich trotz autofreier Stadt und Mitternacht mit Blaulicht und Martinshorn, begleitet von den Hubschraubern in der Luft. Wieder Straßensperren. Irgendwann ist auch der Zugang wieder frei und gegen 2:00 Uhr bin ich in der Unterkunft. Wie mögen sich die Hamburger und Hamburgerinnen fühlen?

Samstag

Am Samstagmorgen soll es wieder ins Zentrum gehen. Aber erst einmal fahren keine Züge. Es sollen sich Menschen im Gleisbereich befinden. Also warten. Dann fährt der Zug, aber erst einmal nur 2 Stationen; wie es dann weiter geht, ist noch nicht klar. Aber es geht tatsächlich weiter zum Hauptbahnhof.

Der Treffpunkt zur großen Abschlussdemonstration: „Grenzenlose Solidarität statt G20“ ist am Deichtorplatz. Zu vielen Themen links orientierter Gruppierungen gibt es hier Beiträge. Es ist bereits rappelvoll, aber noch immer mehr Menschen strömen auf den Platz. Am Ende sind es 76.000 Teilnehmer*innen, die sich friedlich auf dem Milltortorplatz versammeln.

Mit Musik- und Redebeiträgen, kritischem Hinterfragen der ganzen G20-Aktion, bei der lediglich 10% der Menschheit durch die anwesenden „Vertreter*innen“ repräsentiert werden, aber auch der Gewaltausbrüche in der vorherigen Nacht im Schanzenviertel.

Auch heute versucht die Polizei in der bekannten Art zu provozieren. Es sind heute zwar eine Menge Kommunikationsbeamter dabei, aber am Ende bei der Abschlusskundgebung rennen immer wieder Gruppen von Polizisten ohne Anlass in die Menge, um dann plötzlich stehen zu bleiben und sich wieder zurückzuziehen und Platz für eine neue Gruppe für das selbe Spielchen zu machen. Aber die 76.000 lassen sich nicht beirren und bleiben ruhig und sachlich.

Abends treffe ich mich noch mit Freund*innen, die an anderen Orten in Hamburg die Proteste verfolgt haben. Sie waren unter anderem in der Schanze dabei, wo die Polizei trotz eines riesigen Aufgebotes an Menschen und Material 4 Stunden angeblich nicht in der Lage war, in das Geschehen einzugreifen und die Feuer zu löschen. Erst nachdem schwer und massiv scharf bewaffnete Sondereinheiten, darunter Spezialeinheiten aus Österreich, eintrafen, begann man, die „linksextremen Chaoten und Anarchisten“ zu bekämpfen. Später sollte sich herausstellen, dass es sich bei diesen Personen zum großen Teil um rechte Gewalttäter und Mitläufer aus dem Bereich der Reeperbahn, betrunkenen Partyleute, die die Geschäfte plünderten und Alkohol und Zigaretten mitnahmen, handelte.

Geschäftsleute aus der Schanze erklärten später, dass die Linken sie und ihre Geschäfte geschützt hätten. Nichtsdestotrotz muss es nun darum gehen, das ganze Geschehen aufzuarbeiten und kritisch zu hinterfragen. Wie stellt sich die politische Linke dem Thema Gewalt, wo besteht die Gefahr der Entsolidarisierung und wo liegt der Punkt, wo eine vorherige Solidarisierung erst gar nicht vorlag.

Außerdem ist die Frage zu stellen und in der Zukunft zu beobachten, wie sich dies Verhalten der Polizei auf weitere Demonstrationen und Proteste in Deutschland auswirkt und ob es die Polizei geschafft hat, sich als eine selbstständige, selbstherrliche und nicht kontrollierbare Macht zu etablieren.

Michael Niggemann

Nie wieder Krieg ohne Deutschland als Führungsnation

Ich bin 73 Jahre alt und habe Angst, einen Krieg direkt hier erleben zu müssen. Wenn mir vor 30 Jahren jemand erzählt hätte, dass in 30 Jahren Deutschland an 12 Kriegen weltweit beteiligt ist, hätte ich auch als Antimilitarist und seit 1966 in der Friedensbewegung Aktiver das nicht für möglich gehalten.

Dass die damalige Bundesrepublik zumindest durch ideologische und auch materielle Unterstützung heiße Kriege von Vietnam bis Südamerika auch damals unterstützte, war klar. Aber selbst aktiv mit eigenen Soldaten (Soldatinnen gab es noch nicht) an Kriegen teilnehmen? Nein! Spätestens die sog. rot-grüne Regierung hat dann den Damm gebrochen.

Nach der „Enttabuisierung des Militärischen“ (so damals Bundeskanzler Schröder) beteiligt sich Deutschland an allen möglichen Kriegen weltweit. Heute heißen diese Kriege natürlich nicht Kriege, sondern, da man von Orwell gelernt hat: Humanitäre Missionen, Frieden schaffende Maßnahmen, Kampf dem Terrorismus, Interventionen zum Schutz von Menschenrechten oder Verantwortung für den Schutz von ... Und weltweite Kriege heißen „Übernahme von mehr Verantwortung“. Wen irritiert da schon, dass der damalige Bundeskanzler heute zugibt, dass er mit dem NATO-Überfall auf Jugoslawien selbstverständlich durch ihn alle möglichen Völker- und andere Rechte gebrochen worden sind. Als Historiker kann ich nur sagen, dass Angriffskriege nie stattgefunden haben, sondern das waren immer (Vorwärts-)Verteidigungs- oder Befreiungskriege. Selbst die faschistischen Armeen wollte ja nur die überfallene Sowjetunion vom atheistisch-kommunistischen Joch befreien.

Nach Rüstung immer Krieg

Si vis pacem, para bellum. Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor. Es ist schon faszinierend zu sehen, dass diese Legitimationslüge zur Vorbereitung von Kriegen und zu ungehemmter Aufrüstung immer wieder geglaubt wird. Durch die gesamte Geschichte lässt sich allerdings belegen, dass jegliche Aufrüstung im Krieg mündete und noch nie im Frieden. Und gerade heute soll das zum 1. Mal in der Weltgeschichte funktionieren? Warum? Weil unsere Regierung diesmal aber den Frieden will? Ausnahmsweise? „Man“ lese das kostenlos zu bestellende Weißbuch 2016, auch leicht im Netz



Januar 1945, Bochum Werne (Foto: Stadt Bochum).

zu finden, und „man“ weiß nach der Lektüre, dass „wir“ noch mehr Kriege führen müssen.

Trump und seine Forderungen an die EU nach Verdoppelung des Kriegshaushalts werden begeistert begrüßt.

Die Vorgaben für Rüstung kommen aber im Wesentlichen aus der Rüstungsindustrie und ihren immerhin vom Volk gewählten Lobbyisten im Bundestag. Der militärisch-industrielle Komplex giert immer nach Aufträgen. Mit nichts lassen sich Profite so leicht erzielen wie durch Rüstung. Neue Kriege müssen her: Jede abgeschossene Rakete, jede abgeworfene Bombe, die verschossene Munition und die hoffentlich im Krieg zerstörten Waffen verlangen sofort nach Ersatz. Gleichzeitig werden in den Forschungsabteilungen der Konzerne neue Waffen, Drohnen, Panzer, Fregatten entwickelt, die noch mörderischer sind als die alten. Und prima: Der böse Feind erfindet für viel Geld komplizierte Abwehrwaffen, gegen die die Konzerne dann Abwehr-Abwehrwaffen entwickeln. Der Staat ist ein sicherer Abnehmer der Waffen, hat er doch unsere Steuern, und er hat wegen strengster Geheimhaltung der Waffensysteme keine Möglichkeiten, die Kosten der Waffensysteme auch nur ansatzweise zu kontrollieren. Die unaus-

gesprochene Forderung der Rüstungsindustrie: Kriege dürfen nie enden.

Wer will denn Krieg?

Und das Volk, also du und ich – von uns geht angeblich alle Staatsgewalt aus: Festzustellen ist, dass wohl auch bei den nächsten Wahlen rund 90 % des Wahlvolks Parteien wählen, die aus ihrem Interesse an Aufrüstung und Krieg gar keinen Hehl machen! Sie nennen das natürlich Sicherheitspolitik. Das Volk stimmt also den Parteien zu, die Sozialraub in höchstem Ausmaß betreiben, um die Rüstung noch intensiver zu betreiben. Die sog. Qualitätsmedien legitimieren mit jeder Sendung und jedem Artikel Krieg und Aufrüstung. Es ist also immer noch verwunderlich, dass eine Mehrheit der Bevölkerung, wenn nach Krieg und Aufrüstung isoliert gefragt wird, gegen Krieg und Aufrüstung sind.

Die Ursachen für Kriege werden nie thematisiert, obwohl das Weißbuch sie nennt: Es geht um „unsere“ Rohstoffe, um „unsere“ Handelswege, um „unsere“ strategischen globalen Positionen, um „unsere“ Sklavenarbeitskräfte, um „unsere“ Absatzmärkte, gerade auch für Waffen.

Fortsetzung auf Seite 9

Nie wieder Krieg ohne Deutschland als Führungsnation

Dass „unsere“ Kriege und Wirtschaftskriege dann verantwortlich sind für die Massenflucht von Menschen, darf nicht thematisiert werden. Verhungernde werden zu Wirtschaftsflüchtlingen erklärt, die Kriegsflüchtlinge sollten in den Elendsquartieren und Lagern von der Türkei bis Marokko bleiben und dort

verkommen. Ca. 40.000 Ertrunkene im Mittelmeer? Traurig, aber die sollen halt zuhause bleiben.

Aber dennoch: Neue Kriege braucht das Land!

Die Domsday Clock, die Uhr, die die Gefahr eines Atomkriegs anzeigt, steht auf 2 Minuten vor 12.

Ich habe Angst, Krieg nicht nur an den Grenzen, sondern bald im eigenen Land zu erleben.

Entweder schaffen wir die Rüstung und Kriege ab – oder sie uns.

Wolfgang Dominik

Juni 2017: Neuerscheinung im RuhrEcho Verlag:

Anzeige

Verbrechen der Wirtschaft –

Der Anteil der Wirtschaft an der Errichtung der Nazidiktatur, der Aufrüstungs- und Kriegspolitik im Ruhrgebiet 1925-1945

Mit einem Geleitwort von Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. 268 Seiten, mit zahlreichen Dokumenten und Fotos.



ISBN: 978-3-931999-22-3,
18,00 Euro

Weitere Infos:

www.ruhrrecho.de

Bestellung bitte über eMail:
bestellung@ruhrrecho.de

Gründung der Vereinigte Stahlwerke • Grimberg, Rosterg, Quandt und die Wintershall AG • Gründung der Westfalenbank als Bank der regionalen Schwerindustrie • Der Gelsenberg-Skandal • Der Langnamverein und die Ruhrlade • Geld von der Ruhr für Hitlers Luxus-Zentrale in München • Die Zahlstelle Zeche Monopol • Auch Springorum und Silverberg wollten Hitler an der Macht • Durchbruch und Millionen für die SA • Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes • Das Entscheidungsjahr 1932 • Treffen in Köln und Dortmund • Das Treffen der Industriellen und Bankenmanager mit Hitler am 20. Februar 1933 in Berlin • Die Machtergreifung in den Städten am Beispiel von Bochum • Die Gauleitung zieht bei der Westfalenbank ein • Die SA-Zentrale im Kosthaus des Bochumer Vereins • SA-Schule und frühes KZ in der Zeche Gibraltar • Die Adolf-Hitler-Spende • Das Gauwirtschaftsamt • Boykott und Raub – Die Verfolgung der Juden • Kleingewerbe, Mittelstand und „Braune Messen“ • Die Lohnkosten sinken, die Profite steigen • Begeisterung bei der Wirtschaft • Der Aufstieg der SS • Kriegsvorbereitung in den Städten ... • ... und den Betrieben • Die Umgestaltung der Wirtschaft auf Autarkie und Rüstung • Die Allianz mit ausländischen Konzernen • Die Hitler-Doktrin: Kriegsfähigkeit in 4 Jahren! • Krupp wird wieder Rüstungsschmiede • Der Umbau der Vereinigten Stahlwerke • Die Arisierung von Großbetrieben • Frauen in die Produktion • Der Rüstungsverbund unter dem Dach des Bochumer Vereins • Die Integration von Hanomag • Die Ruhrstahl AG • High Tech mit der Hochfrequenz-Tiegelstahl GmbH • Der Bochumer Verein als Pilgerstätte des Militärs • Hitler in Bochum • Flugmotorenproduktion und die Rakete „Ruhrstahl X-4“ • Die Bombenfabrik in Bochum-Werne • Flick, Göring und die Harpener Bergbau AG • Zwangsarbeit • Verkaufskartelle, Aral und die Chemischen Betriebe Amalia • IG Farben im Ruhrgebiet • Stickstoff und Schwefelsäure • Erdöl aus Osteuropa für die Ruhr-Konzerne • Seifen und Kunstfett aus Witten • Der Aufstieg von Günther Quandt • Quandts Batterien für Panzer, U-Boote und Raketen • Die Profiteure profitieren • Die Lex Krupp • Zum Beispiel Karl Rasche • Produktion für den totalen Krieg • Das Geilenberg-Programm • Zwangsarbeit und KZ-Außenlager • Widerstand in Betrieben des Ruhrgebiets • Solidarität • Das Ende, das kein Ende war

Fortsetzung von Seite 1:

Neue Formen des Neofaschismus im Ruhrgebiet

Das Aufkommen dieser Gruppen wurde jahrelang von den Behörden und der Justiz unterschätzt, auch in Bochum. Die Behörden im Bund konstatierten einen Anstieg der „gewaltorientierten Rechten“ und gaben deren Anzahl mit 12.100 Personen (2016) an, wovon sich rund 500 im Untergrund befinden und per Haftbefehl gesucht werden. Eine konsequente Auseinandersetzung mit Reichsbürgern, Identitären etc. aber blieb aus.

Beispielsweise gibt es keinerlei Hinweise in den jährlichen Berichten des NRW-Innenministeriums. Erst die Erschießung eines Polizisten in Franken und weitere Gewalttaten von „Reichsbürgern“ im vergangenen Jahr veränderte die Lage, sodass jetzt zumindest Teile der Reichsbürger in den Fokus von Ermittlungen rückten.

Die Palette faschistoider oder faschistischer Organisationen im rechten Spektrum, ist viel breiter als angenommen. Hier eine kurze Zusammenstellung von einigen Gruppen:

Identitäre, Identitäre Bewegung: Der Versuch der „Identitären Bewegung“, eine neue extrem rechte Jugendbewegung zu schaffen, findet seit einiger Zeit auch in Bochum Anhänger. Mehrere Plakat- und Klebeaktionen in Stadtteilen (Schwerpunkt Langendreer, Weitmar, Wiemelhausen, RUB) sind in den letzten Wochen bekannt geworden. An der Ruhr-Universität gibt es das Bestreben der Gruppe, sich unter Burschenschaften zu verankern.

Die „Identitären“ nutzen hauptsächlich das Internet zur Verbreitung ihrer reaktionären und völkischen Ideologie. Mit dem Schlagwort Identität versucht die Bewegung, das „Blut- und Bodendenken“ der Nazis neu zu beleben und sich in deren Tradition als völkische Bewegung mit „neuen“ und „jungen“ Attributen zu etablieren. Mit

Aktionismus und „spektakulären Aktionen“ im Internet und an „prominenten Plätzen“ (z. B. Brandenburger Tor) finden sie in einigen Medien starke Beachtung. Auch in Bochum wurden Trailer der Identitären hergestellt und ins Netz gestellt.

In erfreulicher Weise haben sich Studierende der Ruhr-Universität des Themas angenommen. So war eine Aufklärungsveranstaltung im Juli 2017, die auch von der DGB-Jugend unterstützt wurde, mit über 100 Teilnehmer*innen ausgesprochen gut besucht.

Nazi-Hipster: „Neonazis, die vegan kochen und (die Brause) Club Mate trinken“ – das klingt erst mal absurd. Aber ein kleiner Teil der Rechtsaußenszene sorgt mit solch skurrilen Auftritten für „viel Aufregung“, berichtete die „Die Zeit“ im Juli 2017 unter dem Titel „Die veganen Nazi-Hipster kommen“. Was steckt tatsächlich hinter den Nazi-Hipstern? Sebastian Wehrhahn von der „Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus“ fasst die vorhandenen Informationen zusammen. Es sind junge Männer, die vor der Kamera herumalbern. Sie kochen vegan und nehmen sich nicht allzu ernst. Dazu kommen Gäste; es wird viel gelacht. An diesem Format erscheint wenig berichtenswert, gibt es doch unzählige ähnliche Kanäle auf YouTube. Aber diese Amateur-Kochshow ist anders.

Es sind Neonazis, die dort im Hitler-Shirt hinter den Töpfen stehen.

Wer genau hinschaut, sieht die faschistoiden Poster im Hintergrund. Die Gastgeber sind mit Sturmhauben verumhüllt, die Gäste einschlägig bekannt und man schiebt kichernd Szeneparolen hin und her, die nur Eingeweihte verstehen.



Hitler „Kein Mensch ist illegal“

Betrieben wird der Kanal mutmaßlich von Mitgliedern der extremen Rechten und verbotenen Kameradschaften. Auch in den sozialen Netzwerken Facebook und Instagram ist dieser Kreis präsent. „Hier verbinden die Neofaschisten Straight-Edge-Chic (Kein Alkohol, kein Fleisch, keine Drogen) mit zeitgemäßem Design, Ästhetisierung von Gewalt und nationalsozialistischer Propaganda“. „Nipster“ haben Journalisten vor wenigen Monaten diese Erscheinung scherzhaft getauft. „Ein Mischwort aus Nazi und Hipster. Der rechtsextremen Szene gefällt diese Bezeichnung so gut, dass sie inzwischen von ihr übernommen wurde“, so Wehrhahn.

Reichsbürger: Die Reichsbürger, meist Einzelpersonen oder Kleingruppen, lehnen die Gesetze, die Rechtsprechung und Behörden der BRD ab und weigern sich, Steuern und Abgaben zu leisten. Die Annahme von Gerichtsbeschlüssen oder Verwaltungsentscheidungen wird, oft mit Medienpräsenz, verweigert. Für die Reichsbürger besteht das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937!) weiterhin. Reichsbürger sind gut vernetzt, vermeiden aber zentrale Führungsstrukturen. Verschiedentlich treten Reichsbürger auch unter dem Deckmantel „Staatsangehörige des Freistaates Preußen“ etc. auf.

Zunehmend ist die Gewaltbereitschaft unter den Reichsbürgern in den



Plakate der Identitären in Weitmar

Fortsetzung auf Seite 11

Neue Formen des Neofaschismus im Ruhrgebiet

letzten Jahren gestiegen. Bis Juli 2017 wurden bereits 750 sog. Gewaltdelikte registriert. Für bundesweite Schlagzeilen sorgte der Polizistenmord von Georgensgmünd in Franken. In Bochum versuchten Reichsbürger, Angehörige der Stadtverwaltung über US-amerikanische Schuldenverzeichnisse zu Zahlungen von fingierten Rechnungen zu veranlassen. Ein ganzes Waffenarsenal wurde im Dezember 2016 bei einem Rentner-Ehepaar aus Witten in deren Wohnung entdeckt. Weil sich der Mann selbst gegenüber einem Amt als Reichsbürger bezeichnet hatte, wurde die Erlaubnis zum Waffenbesitz von der Polizei widerrufen. Gefunden wurden in der Wohnung insgesamt 14 Schusswaffen (neun Gewehre und fünf Kurzwaffen) samt Munition sowie fünf Druckluftgewehre, eine Luftpistole, ein Gasrevolver und ein Vorderlader.

Ein Beispiel, wie Anhänger aus dem Umfeld der Reichsbürger in Bochum aktiv werden, sind die Versuche, mit dem Thema Kindeswohlgefährdung Anhänger zu gewinnen. Unter dem Ti-

tel „Kinderklau durch das Jugendamt“ wurden Flugblätter verbreitet und Kleinkundgebungen abgehalten. Ein Aktivist aus Gelsenkirchen, der lt. Wikipedia „fast alle gängigen Theorien der sogenannten Reichsbürger“ vertritt, fungiert mit seinem Internet-Blog „beamtendumm“ als Organisator für die „Aktionen gegen den Kinderklau“.

Ku-Klux-Klan (KKK): Die Insignien des Geheimbundes KKK tauchen in letzter Zeit wieder verstärkt auf. In Deutschland sollen 4 Gruppierungen und 6 deutschsprachige Webseiten aktiv sein. Eine Gruppe mit 13 Ortsvereinen ist auch in NRW aktiv. Hier nennen sich die Mitglieder „Teutonische Ritter des KKK in Deutschland – Distrikt NRW“. Ein Wirkungszentrum ist nach Angaben ihrer eigenen Homepage das Revier. Aufgelistet sind dort für die „Ruhrprovinz“ die Ortsbereiche (Klanton) mit germanisch klingenden Bezeichnungen. So nennt sich der Klanton in Duisburg „Thusburg“, in Essen „Assindia“, in Herne nach dem Schloss

„Strünkede“. Mitglieder des KKK müssen „germanischer Abstammung“ sein. Wie kopfstark diese Gruppen tatsächlich sind oder ob sie nur in der Phantasie weniger bestehen, bleibt am Ende offen, da die Organisation konspirativ arbeitet und aus dem Ausland geführt wird.

Verbindungen zur AfD und Polizei:

Offensichtlich gibt es auch Verbindungen der Reichsbürger und des Ku-Klux-Klan zu Parteien wie AfD, NPD und anderen. In der Polizei und in Behörden sollen sich ebenfalls Sympathisant*innen oder Mitglieder der Reichsbürger oder des KKK befinden, auch in NRW. Die Verharmlosung als „Spinner“ oder der Hinweis auf die angeblich geringe Anzahl von Mitgliedern muss beendet werden.

Den Vormarsch der Hipster stoppen und über die Identitären aufklären, fordern linke politische Gruppen und die DGB-Jugend. Die VVN - BdA schließt sich da gerne an.

(-sing)

Partei „Die Rechte“:

Auffangbecken verbotener Gruppen

Die Partei „Die Rechte“ wird immer mehr zum Sammelbecken von Mitgliedern verbotener neofaschistischer Gruppen und Kameradschaften, stellte kürzlich der Blog Störungsmelder von „DIE ZEIT“ fest.

Auch der Landesvorsitzende der NPD, Claus Cremer, ist jetzt für die Rechte tätig und übt neben seiner Bochumer Ratstätigkeit auch die Funktion eines Geschäftsführers der Dortmunder Ratsgruppe „Die Rechte“/NPD aus.

Strategie der Partei „Die Rechte“ ist es, sich durch Parteitaktivitäten und Teilnahme an Wahlkämpfen ein besonders radikales Auftreten zu sichern. Ein Schwerpunkt in dieser Strategie bildet dabei schon seit Jahren unsere Nachbarstadt Dortmund. Unter dem Schutz des Parteienprivilegs hat „Die Rechte“ mit illegalen Sprüh- und Klebeaktionen ganze Straßenzüge in Dortmund zum „Nazi-Kiez“ deklariert. Andersdenkende, Migrant*innen, Journalist*innen und Antifaschist*innen müssen hier immer damit rechnen, von Neonazis provokativ begleitet, verfolgt oder angegriffen zu werden. Die Partearbeit von „Die Rechte“ „im öffentlichen Raum hat dabei immer wieder den Zweck, auch neonazistische Propaganda zu betreiben sowie Drohungen oder Revieransprüche zu artikulieren“.

Angespornt davon, dass die Neonazis ihren „Nazi-Kiez“ relativ unbehelligt als ihr Revier kennzeichnen konnten, werden diese „Ansprüche“ zunehmend auch gewalttätig geltend gemacht. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen stellte Anfang Mai 2017 fest, dass Plakate mit Slogans wie „Nazi-Kiez Dorstfeld“ im „Rahmen eines Wahlkampfes zulässig sind“. Es wies die Stadt Dortmund ab, die den „Raumwahlkampf“ der Partei „Die Rechte“ verhindern wollte und die entsprechenden Plakate abhängen ließ.

(-sing)



Transparent in Dortmund Dorstfeld
Foto: Danny Marx

Veranstaltung der VVN - BdA: Kultur beleben!

In den letzten Jahren sind die antifaschistischen kulturellen Traditionen in den Hintergrund getreten und zu wenig beachtet worden, stellte die VVN - BdA kürzlich fest.

Dabei war selbst in den Konzentrationslagern ein oft illegales kulturelles Schaffen weit verbreitet. Dort wurden unter schwersten Bedingungen Gedichte und Geschichten geschrieben, Lieder getextet und vertont, Bilder und Zeichnungen geschaffen. Vieles davon ist überliefert, aber fast vergessen. Die VVN hat sich auch zum Ziel gesetzt, getreu dem Lied von den Moorsoldaten diese kulturellen Leistungen dem Vergessen zu entreißen.



Auf Einladung der VVN - BdA Bochum präsentierten am 5. Mai 2017 Peter Sturm und Andreas Weißert antifaschistische Lieder und Texte wider das Vergessen. Andreas Weißert, Schauspieler und Regisseur, besuchte das Wiener Max Reinhardt Seminar, war u. a. Oberspielleiter des Dortmunder Schauspiels. Peter Sturm, musikalische Ausbildung am Konservatorium in Athen, Programme u. a. „Lieder von Liebe und Freiheit“, „mir sejen als brider“ etc.

„Ein gelungener Abend mit einem hohen kulturellem Niveau und kraftspendend für die vor uns liegenden Aufgaben“ war das Fazit des Abends im Zentrum der DIF.



Sommerfest der Bochumer VVN - BdA Anfang August 2017

Freifahrtschein für faschistische Hetze

„Sieg!!!!“ twitterte die NPD, kaum hatten die Bundesverfassungsrichter*innen einstimmig ihre Erlaubnis erteilt, dass die NPD weitermachen darf wie bisher!

Auch wenn ihr verfassungsfeindliches und rassistisches Verhalten bescheinigt wurde, auch wenn ihr attestiert wurde, dass sie die bürgerlich-liberale Demokratie abschaffen will zugunsten einer „Volksgemeinschaft“ in einem autoritären Nationalstaat. Das macht nichts, urteilten die Richter*innen, weil die NPD ja klein und unbedeutend ist.

Wenn die NPD bedeutungslos ist, werden implizit auch die bisherigen ca. 200 Ermordeten durch den neofaschistischen Terror, zahlreiche sonstige Straftaten einschließlich Brandstiftungen, für bedeutungslos erklärt. Dabei urteilt das Gericht tatsächlich, dass die NPD ideologisch wesensverwandt mit ihrem historischen Vorläufer, der NSDAP, ist. Da und dort neige sie auch zu Übergriffen und Gewalt, die durchaus Anlass zur Sorge böten, aber immerhin gelte ja das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auch für Faschist*innen. Und das Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen, dürfe die Partei sehr wohl haben, aber es „fehlt an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt“. Also: Die NPD ist ungefährlich. Nur als Denkspiel: Wenn die Richter*innen des BVerGer 1928 einen Antrag auf Verbot der NSDAP auf dem Tisch liegen gehabt hätten, wäre der gleiche Richterspruch auch für die NSDAP gefällt worden.

Vergangenheit und Gegenwart lehren, wie schnell vermeintliche stabile politische Ordnungen ins Rutschen geraten können.

Größte Freude aber auch bei der AfD, politisch ebenfalls am rechten Rand, die die Stimmen von Konservativen, Rechtskonservativen, Reaktionären, Faschistoiden und Faschisten sammelt. Die AfD ist der Staubsauger, der den rechten Rand aller Parteien aufsaugt. Und auch ein Björn Höcke kann sich demnächst auf das Urteil des Gerichts berufen, das eigentlich über das Grundgesetz wachen sollte. Nazis und ihren Äußerungen wird also juristisch mit großer Toleranz zu begegnen sein. Die Richter*innen können eigentlich sogar ein gutes Gewissen haben,

beteiligte sich doch die Große Koalition nicht (!) am Verbotsantrag der Länder. An einem Verbot der NPD hatte die Regierung und die GroKo offensichtlich kein Interesse. Größter Gewinner des Urteils ist die AfD, aber auch Die Rechte, Der III. Weg und die „Identitäre Bewegung“ (Auffangbecken für heimatlose Nazis nach einem eventuellen Verbot der NPD). Alle können hemmungslos weiterhetzen – immerhin mit der Erlaubnis des höchsten Gerichts, das eigentlich so etwas zu verbieten hätte.

Besonders erschütternd ist, dass es nicht mal ein Minderheitenvotum der Richter*innen gab. Das ist bei sehr kontroversen Problemen sehr häufig geschehen. Nein, beim Freispruch für die NPD war „man“ sich einig.

Gerade in Bochum sollten wir uns erinnern, dass 2004 die Bundesverfassungsrichter*innen der NPD den Weg frei machten für eine Demonstration gegen den Bau der neuen Synagoge in Bochum, nachdem vorher die Polizei und das Oberwaltungsgericht diese Demonstration verboten hatten. Das Recht der Meinungsfreiheit ...

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes würden sich im Grab umdrehen, wenn sie hören würden, wie heute das Verfassungsgericht zum Beispiel mit dem GG Art. 139 umgeht. Aber auch das hat Tradition, war es doch der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog höchstpersönlich, der den Art. 139 für „obsolet“ erklärt hatte. Es sollen hier keine Verschwörungstheorien erstellt werden: Herzog war Schüler von Theodor Maunz, der im Faschismus für die rechte Überzeugung der Juristen sorgte und nach 1945 regelmäßig anonym für die National-Zeitung geschrieben hat und Rechtsberater des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey war. Herzog wurde dann Bundespräsident.

Demnächst kann auch z. B. § 86 a des Strafgesetzbuches gestrichen werden, denn es besteht sicher keine Gefahr für den Bestand Deutschlands, wenn öffentlich alle Nazi-Grüße und -Symbole wieder zugelassen wären.

Wolfgang Dominik